

## Aufbruch in die NATO-Nähe

### Parteitag Die Linke:

#### Linkes Getöse, um rechts abzubiegen

Harri Grünberg

Für die Zeitschrift SoPoDe

Der Parteitag der Linken war ein Schauspiel des gegenseitigen Mützmachens, aber null Reflexion über die Gründe der Niederlage. Schuld für die Misere der Linken der letzten 10 Jahre ist nicht die eigene Politik, sondern das Böse BSW, das kürzerhand ins rechte Lager eingeordnet wird, schließlich muss man ja auch den eigenen Frust loswerden und davon gab es viel. Sahara und das BSW waren der weiße Elefant im Raum.

Dieser Parteitag war nicht in der Lage, eine deutliche Aussage für ein Ende des Krieges und der Wirtschaftssanktionen zu treffen. Die vielen Bekundungen zum Sozialismus und dem Klassenkampf – fast jede und jeder beschwor den Klassenkampf und den Sozialismus. Auch jene, die bis vor kurzem noch die Identitätspolitik als das wichtigste einer linken Partei ansahen, können nicht verdecken, dass FRIEDENSPOLITISCH die Linke weiter nach rechts gerückt ist. Bisher galt die äquidistante Haltung in dem NATO-Russland-Krieg. Jetzt wird das NATO-Narrativ von Russland als dem gefährlichsten Imperialismus übernommen. In der Frage des genozidalen Krieges Israels gegen die palästinensische Zivilbevölkerung gab es kein klares Wort der Empathie für die Unterdrückten Palästinenser und Palästinenserinnen. Im Gegenteil, den Palästinensern wird das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung abgesprochen. Damit hat sich die rechte Gruppierung "progressive Linke" durchgesetzt, obwohl einige ihrer prominenten Mitglieder im Moment die Partei verlassen. Der Parteitag schmetterte all jene Anträge ab, die diesen Rechtsruck verhindern wollten. Nachdem „Die Linke“ daran gescheitert ist, ihre Position NATO und zum deutschen Imperialismus zu bestimmen, würde der Antrag „Nein zu Krieg, Aufrüstung und Mittelstreckenraketen“ behandelt. Eingebracht würde er unter anderem von der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik. Der Antrag forderte einen „Stopp aller mörderischen Waffenlieferungen besonders in die Ukraine und nach Israel.“ Außerdem rief er richtigerweise dazu auf, die Linke solle sich an Aktivitäten der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung beteiligen.

Die Friedensfrage sollte zusammen mit der Sozialpolitik „erste Priorität“ im Bundestagswahlkampf haben. Aber auch dieser Antrag fällt hinter die Anforderungen zurück, die die brutale Kriegsvorbereitung des westlichen Imperialismus als erforderlich erscheinen lässt, den Kampf gegen Krieg und sozialen Krieg als eine Einheit zu erfassen.

Als nächstes würde der Antrag „Schluss mit der „Kanonen-statt-Brot-Politik“ behandelt, den die Kommunistische Plattform zusammen mit anderen Strömungen eingebracht hatte. In einem Härteverfahren wollte das Tagespräsidium diesen Antrag beerdigen. Obwohl die Abstimmung beendet wurde, bevor alle Delegierte mit Open Slides teilnehmen konnten, sprach sich eine Mehrheit gegen den Versuch des Parteivorstands aus, den Antrag vollkommen zu entkernen. Und entkernen heisst, man wollte durch Ersetzungsanträge, welche der Parteivorstand einreichte, dem Antrag die Spitze nehmen. Behandelt werden sollte nämlich nur der bis zur Entstellung des Ursprünglichen Antrags eingereichte Ersetzungsantrag des Parteivorstands (PV). Eine Mehrheit der Delegierten lehnte dieses Ansinnen ab, verwarf den vom PV eingereichten Ersetzungsantrag, aber stimmte anschließend auch gegen den Antrag der Kommunistischen Plattform.

Zu einer gemeinsamen Haltung zum deutschen Militarismus fand der Parteitag nicht. So stand im Antrag der Kommunistischen Plattform: „Der deutsche Faschismus machte den deutschen Militarismus zu einer unfassbar grausamen, chauvinistischen Ausgeburt des Völkerhasses und des Völkermords“. Der PV fordert in seinem Gegenantrag, diesen Satz und viele weitere zu streichen. Auch von 27 Millionen toten Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion sollte keine Rede mehr sein. Der Absatz sollte ersetzt werden durch den lapidaren Satz: „Zwei Weltkriege haben im zwanzigsten Jahrhundert Millionen Leben gekostet.“ Der PV sucht die Nähe zur NATO-Haltung und schweigt von daher lieber zum deutschen Militarismus und dessen aktuellen Kriegsvorbereitungen – alle Verweise darauf sollten auf Wunsch des PV aus der Parteitagsdebatte verschwinden. Folgerichtig würden auch große Passagen mit Kritik an der NATO und an der Aufrüstung des Westens gestrichen. Statt sich in der Opposition zum deutschen Imperialismus zu verorten, für den die EU ein notwendiges Machtmittel ist, wollte der Parteivorstand folgenden Satz beschließen lassen: „Die Bundesregierung muss sich für eine strategische Unabhängigkeit der EU einsetzen, um in internationalen Konflikten glaubhaft vermitteln zu können.“

Dies zeigt, dass trotz des in die Kameras für die Öffentlichkeit inszenierten Sozialismus- und Antikapitalismus-Getöses diese Partei auf diesem Parteitag des „Aufbruchs“ weiter nach rechts in die NATO-Nähe gerückt ist und dies mit Zustimmung auch des sich radikal gerierenden Flügels, der sich antikapitalistische Linke nennt.

Vielleicht doch noch etwas Positives: der Antrag zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ist abgelehnt worden, aber in Form einer Vertagung bis nach der Wahl, denn dann soll die große Revisionsdebatte des geltenden Erfurter Programmes, die Oscar Lafontaine und Sahra Wagenknecht maßgeblich mitgestaltet haben, beginnen. Dann darf man programmatisch fixiert, lieb zur NATO sein. Das BGE-Teil des Parteiprogrammes wird wahrscheinlich als die Zuspitzung des sozialistischen Zieles der Partei verkauft, denn BGE heißt nach den Verfechtern dieser Vorstellung Sozialismus. Aber wie bekannt, ist es ja nur die Verteilung innerhalb der Klasse zugunsten der Mehrheit der Klasse.

Ach, so bleibt ja noch vom Parteitag zu berichten, dass zwei neue Vorsitzende gewählt wurden. Die neuen Vorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken, die auch nach Ansicht mehrerer Delegierter blass blieben auf diesem Parteitag, keine Zuwächse aus der Grünen Jugend, ein Leitantrag, der die Schritte Richtung NATO beschleunigt, keine klare Haltung gegen den Völkermord in Gaza. Aber auch eine Absage an den Versuch des PV, den deutschen Militarismus zu verharmlosen, ein klares Bekenntnis gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, und eine Handvoll hoffnungsvoller Kämpferinnen und Kämpfer für den Frieden im neugewählten Parteivorstand.